

## Senioren-Union bestätigt Leonhard Kuckart als Vorsitzenden

CDU-Landeschef Laschet: „Wenn die Älteren nicht wählen gehen, habe wir keine Chance“.



Der wiedergewählte Landesvorsitzende der Senioren-Union NRW Leonhard Kuckart freut sich über die herzlichen Glückwünsche der Tagungspräsidentin Elke Rühl und des Landesvorsitzenden der CDU NRW Armin Laschet MdL.

Mit dem deutlichen Ergebnis von 77,3% Ja-Stimmen ist Leonhard Kuckart, langjähriger Landesvorsitzender der Senioren-Union der CDU, in diesem Amt bestätigt

worden. Der 22. Landesdelegiertentag traf am 29. August in Düsseldorf zusammen, um den gesamten Landesvorstand neu zu wählen. Kuckart kommentierte sei-

ne Wiederwahl mit den Worten: „Das Ergebnis ist glaubhaft. Ich werde für die Senioren weiterarbeiten.“

Als seine fünf Stellvertreter wurden



Landestagung der  
Senioren-Union  
Nordrhein-West-  
falen 2016  
in Düsseldorf.

Seite 1 ►



„Islam und  
Islamismus in  
Deutschland“  
Referent Thomas  
Volk.

Seite 4 ►



Helge Benda ist  
alter und neuer  
Vorsitzender des  
Bezirks Ruhr der  
Senioren-Union.

Seite 6 ►



*Zahlreiche Anträge wurden einstimmig von dem Landesdelegiertentag der Senioren-Union Nordrhein-Westfalens verabschiedet.*

Eberhard Bauerdick (142 Stimmen, Südwestfalen), Norbert Gönnewicht (130, Aachen), Bernhard Mihm (128, Ostwestfalen-Lippe), Christa Thoben (127, Ruhr) und Dr. Gabriele Peus-Bispinck (103, Münsterland) gewählt. Neu in den geschäftsführenden Landesvorstand rückte Helge Benda (Ruhr) auf, den die Delegierten neu in das Amt des Landesschatzmeisters wählten. Schriftführerin wird weiterhin Elke Rühl (Bergisches Land) sein, in die neue Funktion als Mitgliederbeauftragter wurde Theo Thissen (Niederrhein) gewählt.

Folgende neun Beisitzer gehören dem neuen Landesvorstand an: Wilma Ohly (Südwestfalen), Hildegard Kuhlmann (Münsterland), Christa Waschkowitz-Biggeleben (Münsterland), Reinhard Maly (Kreisverband Krefeld), Lothar Binger (Ruhr), Dr. Wolfgang Gärtner (Mittellrhein), Stefan Hegering (Münsterland), Wolfgang Gunia (Aachen), Manfred Heinemann (Ostwestfalen-Lippe).

Eine ganze Reihe an Polit-Prominenz konnte Landesvorsitzender Leonhard Kuckart zum Landesdelegiertentag begrüßen: Aus dem EU-Parlament kam Elmar Brock nach Düsseldorf. Armin Laschet, Fraktionsvorsitzender der CDU-Landtagsfraktion und Landesvorsitzender der CDU NRW machte in einer bemerkenswerten Rede klar, dass es ohne die Stimmen der Senioren bei der nächsten Landtags- und Bundestagswahl nichts zu holen gebe. SU-Ehrenvorsitzender Dr. Bernhard Worms, Bundesvorsitzender Prof. Dr. Otto Wulff sowie Vertreter der CDU, CDA, Jungen Union, Frauen-Union, Mittelstandsvereinigung und Gäste aus dem

Partnerverband der SU-Brandenburg nahmen an der Tagung teil.

Armin Laschet ging in seiner Rede hart mit der NRW-Landesregierung ins Gericht. Anhand zahlreicher unrühmlicher Beispiele belegte er, dass die rot-grüne Landesregierung Nordrhein-Westfalen an die letzte Stelle heruntergewirtschaftet hat. Selbst in den neuen Bundesländern werde ein höheres Wirtschaftswachstum registriert als im Deutschland-Schlusslicht NRW. Die SPD rede permanent vom Strukturwandel, dem sie die Schuld an der miserablen Situation in ihren bevölkerungsreichen Hochburgen gebe. Dabei übersehe sie, dass Südwestfalen und das Münsterland Zeugnis bester wirtschaftlicher Entwicklung abgäben.

## Zur Person



**Bernhard Mihm**

Mihm Mitglied im Bundesvorstand und stellvertretender Landesvorsitzender in Hessen.

Mit dem Eintritt in den Ruhestand begann 2001 sein Engagement für die Senioren-Union in Paderborn. Nach mehreren Vorstandspositionen auf Orts-, Kreis- und Bezirksebene wurde Bernhard Mihm zum Bezirksvorsitzenden und vor zwei Jahren zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Er sieht zwei Funktionen in der Senioren-Union: Die Belange der Älteren zu vertreten und die politischen Ziele der CDU bei den Älteren zu vertreten. Ein Hauptanliegen ist es für ihn, die Identität der CDU zu wahren als übergreifendes Ziel über die Generationen hinweg. Bernhard Mihm fordert, die Lobby für die Älteren zu verbessern. „Die jungen Leute müssen erkennen, dass zum Charakter einer Volkspartei gehört, die unterschiedlichen Interessen zu überwinden. Generationeninteressen dürfen nicht zum Kampf ausarten. Kompromiss heißt nicht, dass man die eine Seite unterbuttert.“

Als eine der Hauptaufgaben der Senioren-Union sieht Bernhard Mihm die Wahrung der Identität der CDU. „Die Senioren-Union hat das geistige Potential, das man dazu nutzen sollte“, ermuntert er zum Aktivismus.

Als Bernhard Mihm im Juni 2016 seinen 80. Geburtstag feierte, titelte die Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Ein Kreuzritter wider den Zeitgeist“. Noch heute erinnern sich viele Frankfurter an seine Zeit als Schuldezernent, der nach Jahren linker Experimente und Bildungsspielereien ab 1977 unter der Ägide von Oberbürgermeister Walter Wallmann für geordnete Strukturen sorgte. Führende Funktionen in der CDU und im Stadtparlament folgten für den gebürtigen Frankfurter, der 2001 seinen Wohnsitz mit seiner Frau nach Paderborn verlegte. In der Kommunalpolitischen Vereinigung war Bernhard





*Der Landesvorsitzenden der CDU NRW Armin Laschet MdL ging in seiner Rede hart mit der jetzigen Landesregierung ins Gericht.*

Die innere Sicherheit spiegele in NRW ein genauso negatives Bild wider, wie die wirtschaftliche Situation. Auch bei der Aufklärungsquote von Verbrechen sei NRW Schlusslicht in Deutschland. Innenminister Jäger sähe als Begründung die Grenzen an. „Als ob es in Bayern keine Außengrenzen gibt. Ein Spektakel wie am Kölner Hauptbahnhof wäre in Bayern in einer Stunde beendet gewesen. Mit Innenminister Jäger gibt es keine innere Sicherheit“, sagte Laschet. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern sei die Videoüberwachung in NRW nicht präventiv, sondern nur an Kriminalitätsschwerpunkten erlaubt.

CDU-Generalsekretär Bodo Löttgen appellierte an die Gemeinsamkeit von CDU und Senioren-Union: „Wir waren immer dann stark, wenn wir uns offensiv für die gemeinsamen Werte stark gemacht haben. Wir müssen zusammen kämpfen, dann werden wir die Landtags- und Bundestagswahl gewinnen. Wir werden die Wahl gemeinsam mit der Senioren-Union gewinnen, weil wir sie gewinnen wollen.“

Der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Prof. Dr. Otto Wulff, verdeutlichte, dass die nächsten zwei Jahre besonders für die Senioren-Union in NRW bewegte Jahre würden. „Wir haben es mit Parteien zu tun, die Nationalisten sind, die in Europa wieder Grenzen setzen wollen.“ Es sei ein Problem, das es vor Jahren noch nicht gab. Frau Merkel habe zu Recht erklärt, dass sie Bundeskanzlerin aller Deutschen sei. Seit Köln müsse klar sein, dass dies nicht Herr Erdogan ist. „Wir werden in Europa von ei-

ner Geisteshaltung umringt, die alles fordert. Dieser Kontinent wird von einem Feuer umgeben, das eine Religion hervorbringt, die etwas ändern will“, mahnte der Bundesvorsitzende.

Der wiedergewählte Landesvorsitzende Leonhard Kuckart erklärte, „es ist höchste Zeit, dass wir unsere Bescheidenheit ablegen.“ Was zähle, seien Fakten, nicht Schulterklopfen und lobende Worte. In diesem Sinne habe die Senioren-Union zwei Forderungen auf Bundesebene: Aufnahme des Verbots von Altersdiskriminierung

ins Grundgesetz. Außerdem werde die SU die CDU auffordern ein klares Wort zum Familienwahlrecht zu sagen. Dies spalte nicht nur die Generationen, sondern auch die Familien.

Die Generation der Senioren habe der Nachfolgegeneration ein blühendes Deutschland hinterlassen. „Und Teile der jüngeren Generation werfen uns vor, verantwortungslos zu sein. Das dürfen wir nicht zulassen. Wir können der CDU nur dann Mehrheiten beschaffen, wenn wir unsere Forderungen durchsetzen.“ Die Gesellschaft werde sich revolutionär verändern, die älteren Menschen seien Teil der Gesellschaft. Deshalb hätten sie ein Recht darauf, dass die Politik sich darauf einstellt.

Eine klare Abfuhr erteilte Kuckart Bestrebungen, die Rente zum Wahlkampfthema zu machen. „Das Geld haben die Senioren verdient. Sie haben dafür eingezahlt.“ Mit Blick auf viele „ewige Studenten“ sagte er, man solle darüber nachdenken, die Studienzeiten zu verkürzen, dann werde auch schneller und mehr in die Rente eingezahlt. Er hoffe, dass die JU gemeinsam mit der SU das Problem lösen könne. „Denn wir, die Senioren, bringen die Stimmen.“

Leonhard Kuckart forderte die Solidarität der Menschen ein. „Nur auf dieser Basis wird es möglich sein, die Probleme der Zukunft zu lösen.“



*Leonhard Kuckart, Landesvorsitzender der Senioren-Union NRW forderte in seinem Schlusswort die Solidarität der Menschen in NRW ein.*

## Funktionsträgerkonferenz der Senioren-Union



*Die Funktionsträgerkonferenz der Senioren-Union in Duisburg hatte dieses Mal einen kompetenten Gesprächspartner zum aktuellen Thema: „Islam und Islamismus“ in Deutschland geladen.*

Über „Islam und Islamismus in Deutschland“ referierte Thomas Volk von der Konrad-Adenauer-Stiftung auf der Funktionsträgerkonferenz der Senioren-Union, die dieses Mal in Duisburg stattfand. Die einhellige Meinung der Teilnehmer: So detailliert und umfassend sind uns die unterschiedlichen Strömungen des Islams und deren Wirkung auf unser Leben selten bis nie geschildert worden.

Der Referent ging von der Frage aus: Wie wird der Islamismus unsere Gesellschaft verändern? 72 Prozent aller Befragten einer Infratest-Studie gingen davon aus, dass in Deutschland ein Anschlag stattfinden werde, 60 Prozent der Befragten sagten, dass die Äußerung des damaligen Bundespräsidenten Wulff nicht zuträfe, der Islam gehöre zu Deutschland.

Pegida und AfD operierten mit Unbehagen, Sorgen und Ängsten der Bevölkerung. Die Mehrzahl aller Muslime lebe in Südostasien, nicht in der arabischen Welt, wie häufig angenommen werde. Insgesamt seien 57 Staaten muslimisch geprägt. Laut amerikanischen Berechnungen werde der Islam im Jahre 2050 die stärkste Religion der Welt darstellen.

Der Referent machte deutlich, dass der Islam vielfältig sei (Sunniten, Schiiten, Ale-

witen). Außerdem existierten unterschiedliche Rechtsschulen, wie an den Beispielen in Saudi-Arabien und im Iran deutlich wird. Die Vielfalt, die sich auch in der Sprache äußere mache es schwierig, von einem monolithischen Islam zu sprechen.

In Deutschland leben vier Millionen Muslime. Die Bedeutung Deutschlands für die Türkei ist bei Wahlen besonders groß. Denn Deutschland ist der viertgrößte türkische Wahlbezirk. Eineinhalb Millionen wahlberechtigte türkische Staatsbürger leben in Deutschland, stellte der Referent fest.

In der Türkei lebten 15 bis 20 Millionen Alewiten, die dort Diskriminierungen ausgesetzt seien (kein Ramadan, kein Kopftuch, liberale Koran-Auslegung). Für sie gelte „Das wichtigste Gut ist der Mensch“. Die Türkei re-Islamisiert sich seit 2007. In Deutschland wirkten 900 Prediger, die türkische Beamte sind und von der Türkei bezahlt würden.

In Deutschland seien drei muslimische Verbände aktiv, von denen einer nicht an einer Zusammenarbeit mit Deutschland interessiert sei. Der von den Medien häufig befragte und in Szene gesetzte Verbands-Chef Mazyek vertrete nur ein Prozent aller in Deutschland lebenden Muslime.

Drei Tendenzen würden in Deutschland spürbar: Durch die unkontrollierte Einwanderung wächst der Islam in Deutschland



*Der Landesvorsitzende der Senioren-Union Leonhard Kuckart erklärte den in Duisburg versammelten Funktionsträgern: „Wir können die Zukunft unserer Enkel nur politisch schaffen“.*



schneller als erwartet. Der Islam wird stärker arabisch und weniger türkisch geprägt sein. Die Frage hierzu lautet, wie sich das auf das Zusammenleben auswirke, denn das Verhältnis zwischen Araber und Türken ist häufig gespalten. Und schließlich das seit Jahren wachsenden Unbehagen der Bevölkerung. Der Referent bezeichnet den Islamismus als politische Ideologie, die sich auf dem Islam aufbaut. „Der Islamismus versucht bis ins persönliche Leben die Gesellschaft zu verändern“, warnte Thomas Volk. „Islamistische Bewegungen haben alle das Ziel, gegen die Souveränität des Volkes und der Staaten auf der Grundlage des Islam zu agieren.“ Es sollte auch gefragt werden, ob der häufig verwendete Begriff des „arabischen Frühlings“ richtig sei.

In Deutschland sei die Anzahl der gewaltbereiten Salafisten alarmierend. Die Brutalität und Radikalität lasse den IS als Erfüller des Islam erscheinen. Die Frühzeit des Islam werde glorifiziert. Gleichberechtigung und Volkssouveränität würden abgelehnt. Nur die Scharia werde durchgeführt. Alle Menschen müssten zum Islam zurückgeholt werden. Der Referent sagte, dass die öffentlichen Koran-Verteil-Aktionen in Deutschland in direktem Zusammenhang dieser salafistischen Bewegung stünden. Es dürfe nur nach den Richtlinien des Islams gelebt werden, die demokratische Grundordnung werde verachtet. Es würden drei Ziele verfolgt: Ablehnung des Pluralismus, Ablehnung anderer Lebensweisen und Anspruch als absolute Wahrheit.



*Eine eindrucksvolle Schilderung über die verschiedenen Strömungen des Islams vermittelte der Referent der Konrad-Adenauer-Stiftung Thomas Volk.*

Die Salafisten schafften es, junge Menschen vor allem über das Internet abzuholen, mahnt Thomas Volk.

Positiv reagierten zahlreiche Zuhörer auf die Schilderung, dass in Österreich eine Auslandsfinanzierung der Imame verboten sei und türkische Imame das Land verlassen mussten.

Thomas Volk, der viel Lob für seinen fundierten Vortrag erhielt, nannte die schuli-

sche Ausbildung als besten Schutz vor der radikalen islamistischen Ausprägung. Ein Islamunterricht sei eine geeignete Maßnahme, um junge Menschen aus dubiosen Hinterhofmoscheen herauszubekommen. Es dürfe keine Selbstkapitulation vor den Forderungen der Islamisten geben. Auch könne nicht sein, dass Weihnachtsmärkte künftig Wintermärkte hießen, schloss der Referent seinen mit viel Beifall bedachten Vortrag.

Landesvorsitzender Leonhard Kuckart erinnerte in diesem Zusammenhang an den Leitantrag der Senioren-Union zur kulturellen Sicherheit und forderte dazu auf, in den bevorstehenden Wahlkämpfen deutlich zu machen, worum es geht. Im Mai nächsten Jahres würde der neue Landtag gewählt, im Herbst der Bundestag. Mit Blick darauf sagte Leonhard Kuckart: „Wir müssen uns als Senioren-Union besonders bemühen. Eine Mehrheit wird die CDU nur dann erhalten, wenn ein großer Teil der älteren Bevölkerung sie wählt.“ Er bat die anwesenden Funktionsträger, den älteren Menschen das Gefühl zu vermitteln, „dass sie bei uns gut aufgehoben sind. Wir brauchen Stadtverbands- und Kreisebene, um auf die CDU aufmerksam zu machen. Wir werden alle Voraussetzungen schaffen, um den Wahlkampf erfolgreich zu machen.“ Kuckart erhielt viel Zustimmung für seine Worte: „Wir haben die Voraussetzung geschaffen, damit die jüngere Generation eine gute Zukunft hat. Wir können die Zukunft unserer Enkel nur politisch schaffen.“



*Das zahlreiche und interessierte Publikum verfolgte die überaus aktuellen Beiträge.*

## Helge Benda: Für jeden Austritt hätte ich gerne zwei neue.



Der SU Landesvorsitzende Leonhard Kuckart beglückwünscht Udo Hornfischer, Erich Hermann, Helge Benda, Rolf Tanski, Reinhard Zimmermann.

Helge Benda ist alter und neuer Vorsitzender des Bezirks Ruhr der Senioren-Union. Mit 36 Stimmen bei einer Gegenstimme ist er in Wattenscheid von den Delegierten wiedergewählt worden. Zu seinen vier Stellvertretern wurden Rolf Tanski (Recklinghausen), Ingeborg Schrader (Essen), Willibald Limberg (Ennepe-Ruhr) und Lothar Binger (Hamm) gewählt.

Mit Blick auf die vergangenen zwei Jahre seiner Amtszeit resümierte Helge Benda: „Es waren zwei gute Jahre. Wir haben 4660 Mitglieder in unserem Bezirk, der sich aus 14 Kreisverbänden zusammensetzt. Wir sind wichtig, wir werden gebraucht und wir entscheiden die Wahlen“, rief der wiedergewählte Vorsitzende unter großem Applaus der Delegierten aus.

Landesvorsitzender Leonhard Kuckart stimmte die Anwesenden auf die Wahlen ein, die im kommenden Jahr stattfinden. Er ermunterte sie, noch aktiver zu werden zum Wert der älteren Menschen in Gesell-

schaft und Politik. Kritisch führte Kuckart aus, in Pflegeheimen gebe es mehr Gewalt und Tötung als angenommen werde. Es gebe wissenschaftliche Abhandlungen, die nachwiesen, dass Gewalt gegen Ältere nicht die Ausnahme sei. Die Pflegekräfte würden nicht angemessen bezahlt. Er forderte: „Es ist unsere Aufgabe, den Wert des älteren Menschen stärker in den Vordergrund zu bringen.“ In Deutschland seien vier Millionen Menschen älter als 80 Jahre. Angesichts dieser Zahl seien Seniorenämter wichtiger denn je. Das müsse kurzfristig geklärt werden. Außerdem forderte der Landesvorsitzende der Senioren-Union einen Rechtsanspruch auf einen Senioren-Tagesplatz. „Ältere müssen genauso betreut werden wie Kinder in Kitas. Wir haben für viele Dinge in Deutschland Geld. Wir müssen auch Geld dafür haben, dass der Mensch in Würde alt werden kann.“ Er erklärte, die CDU wolle die Forderungen nach Seniorenämtern und Tagesplätzen in das

Wahlprogramm für die Landtagswahl aufnehmen.

Wie wichtig die Senioren für eine erfolgreiche Landtagswahl der CDU sein können, wies Leonhard Kuckart daran nach dass 2010 etwa 300.000 Ältere nicht zur Wahl gegangen sind, die 2005 die CDU gewählt hatten. Ergebnis: Rüttgers wurde nicht wiedergewählt. Kuckart rief die Älteren auf, zur Wahl zu gehen, um zu verhindern, was Gabriel verkündet hat: Rot-Rot-Grün.

Der Bezirk Ruhr sei mit seinen 4660 Mitgliedern größer als die fünf neuen Bundesländer zusammen. „Bitte sorgen Sie dafür, dass die Wahlen für uns positiv ausgehen“, sagte Kuckart.

Helge Benda betonte in seinem Schlusswort, die Senioren-Union müsse sich für die Wahlen 2017 warmlaufen. Und persönlich wandte er sich an die Delegierten seines Bezirks mit der Aufforderung: „Für jedes Mitglied, das bei Ihnen austritt, hätte ich gerne zwei neue.“

## Erstes Werkstattgespräch zum komplexen Thema „Altersvorsorge“.

Das Werkstattgespräch „Altersvorsorge“, zu dem der Bezirk Ruhr nach Wattenscheid eingeladen hat, brachte eine Fülle von Detailinformationen und Beschreibungen von Grenzfällen zur Rente zutage, die von den beiden Fachleuten der Deutschen Rentenversicherung, Thomas Horstmann und Elke Kellmann, geschildert und erklärt wurden. Eine Erkenntnis haben jedenfalls alle interessierten Zuhörer mitgenommen: Die Rente ist ein höchst komplizierter Komplex, der nahezu für jeden individuellen Einzelfall unterschiedliche Entwicklungs- und Berechnungsvarianten erforderlich macht. Der Bezirksvorsitzende der Senioren-Union, Helge Benda, konnte zur neuen Veranstaltungsreihe „Werkstattgespräch“ die Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium, Fischbach, für das Impulsre-

ferat begrüßen. Christa Thoben moderierte die Veranstaltung und Oliver Wittke, MdB und Bezirksvorsitzender Ruhr der CDU, regte an, auf diese Grundlagenveranstaltung eine Perspektivveranstaltung folgen zu lassen, „die aufzeigt, wie wir die Rente in 20 Jahren sicher machen“.

Staatssekretärin Fischbach erklärte, dass die Zahl derer, die Grundversorgung bezögen, steige. Dabei sei die Zahl der Frauen höher als die der Männer. Eine Millionen Menschen seien von der Grundversorgung abhängig, die im Moment 773 Euro betrage. Häufig zeigten Biografien Lücken auf, was besonders bei Frauen der Fall sei. Die Staatssekretärin sprach sich neben der gesetzlichen Rente für weitere Säulen der Alterssicherung aus.

Die Zahl derjenigen, die mindestens 65 Jah-

re alt sind, ist von 1986 bis 2015 von 24 auf 36 bezogen auf 100 Personen gestiegen. Alle waren sich darin einig, dass diese demographische Entwicklung zur Reaktion zwingt. Erstaunen bei den Zuhörern rief die Aussage der Fachleute hervor, dass die private Altersvorsorge nicht planbar und nicht verlässlich sei.

Christa Thoben appellierte an alle Beteiligten, sämtliche Informationen zur Rentenversicherung den Betroffenen mitzuteilen, um sich dieses komplexe Gebiet zu erschließen. Sie nannte besonders die Situation allein erziehender Frauen „unfair“, da 40 Prozent der Männer keinen Unterhalt zahlten. Die Politikerin bezeichnete das Thema Altersvorsorge und Renten als „viel zu komplex, um es zum Wahlkampfthema zu machen.“



## „Geduld mit Kriminellen, die das Asylrecht missbrauchen, ist zu Ende.“



Norbert Gönnewicht, Heinz Soth, Klaus Martin Vossemer MdL, Prof. Dr. Otto Wulff, Detlef Seif MdB, Hans-Josef Thelen.

### Otto Wulff spricht Klartext beim Bezirks-seniorentag im Kloster Steinfeld.

Etwa 250 Gäste folgten der Einladung zum Bezirksseniorentag in das Kloster Steinfeld, der vom Kreisverband Euskirchen ausgerichtet wurde. Hans-Josef Thelen begrüßte neben dem Bundestagsabgeordneten Detlef Seif auch den Landtagsabgeordneten Klaus Vossemer, sowie den Bundesvorsitzenden der Senioren-Union, Prof. Dr. Otto Wulff. In seiner Ansprache redete der Bundesvorsitzende dann auch Klartext zur aktuellen Politik. Er forderte, die Einigkeit in Europa zu erhalten und Sicherheit in der Welt zu geben. Zum Austritt der Briten aus der EU sagte er: „Wenn Großbritannien meint, dass 30 Kilometer Kanal reichen, dann hat es sich geirrt. Ich kann nur wün-

schen und hoffen, dass die Jugend diesen Beschluss in den nächsten Jahren wieder rückgängig macht.“ Anhaltenden Applaus erhielt Wulff für seine Prophezeiung, es werde eine Integration nicht gelingen, wenn eine vom Ausland bezahlte Gruppe von Imamen Hass gegen Christen predige. Die Geduld mit Kriminellen, die das Gastrecht und Asylrecht missbrauchten sei zu Ende. „Wenn die Religion zur Legitimierung von Gewalt missbraucht wird, darf diese Religion vom Grundgesetz her nicht geduldet werden.“ Wer schon nicht Christ sein wolle, solle zumindest das Recht verteidigen, dass andere ihren Glauben leben dürften. Zum Einsatz der Bundeswehr in Deutschland stellte Wulff die Frage, was geschehen würde, wenn Giftgasangriffe unser Land be-

rohten. Auch Helmut Schmidt habe die Bundeswehr eingesetzt, obwohl es nicht der Verfassung entsprochen habe.

Detlef Seif, EU-Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fragte, wer gedacht hätte, dass sich Putin und Erdogan in dieser Weise entwickeln würde und dass sich Großbritannien für den Austritt aus der EU ausspricht. Auch mit Blick auf den US-Präsidentschaftskandidaten der Republikaner, Trump, müsse eine Antwort darauf gefunden werden, wie sich Europa für die Zukunft aufstellen solle. Zur Aufnahme der Flüchtlinge sagte der Bundestagsabgeordnete, Deutschland dürfe nur so viele aufnehmen, die auch betreut werden könnten und von denen man sagen könne, wer sie seien. Deutschland dürfe finanziell und von der Sicherheitslage her nicht überfordert werden. Eindeutig sprach sich Seif für den Einsatz der Bundeswehr bei Terroranschlägen unter Anforderung und Führung der Polizei aus. Die Bundeswehr verfüge über Scharfschützen, Kampfschwimmer und das Kommando Spezialkräfte, die aufgrund einer merkwürdigen Kompetenzordnung nicht still bleiben müssten.

Bezirksvorsitzender Norbert Gönnewicht dankte den Organisatoren für den gelungenen Bezirksseniorentag.

### Die FAZ schreibt: „Die Greisenfresser kommen“.

Teile der Gesellschaft haben ein neues Feindbild entdeckt: Die älteren Menschen. In einem bemerkenswerten Bericht mit dem Titel „Die Greisenfresser kommen“ hat der kluge und mutige Autor Lorenz Jäger in der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 30. 06. 2016 (Internet-Veröffentlichung) nicht nur den Hass gegen die ältere Generation, die für den Austritt Großbritanniens aus der EU verantwortlich gemacht wird, weil sie im Gegensatz zu den Jungen zur Wahl gegangen ist, allgemein beschrieben. Das gesellschaftliche Phänomen wird durchleuchtet und nachgewiesen, dass der Hass gegen Ältere vielschichtig ist und sich inzwischen schleichend auf vielen Ebenen etabliert hat. In dem lesenswerten Bericht wird auch Jens Spahn eine unrühmliche Rolle zugeschrieben: „Auch Jens Spahn, ein ewig jugendlicher CDU-Politiker, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, denkt weiter – er

zieht die Konsequenzen aus dem von Helene Benkmezian nur unverbindlich ins Spiel gebrachten Entzug des Wahlrechts. Der Welt am Sonntag erklärte er kürzlich: „Ein Drittel der Wähler ist bald über 60. Da besteht die Gefahr, dass Politik sich nach deren Interessen richtet.“ Spahn plädiert deshalb für ein „Familienwahlrecht“: „Wenn Familien mehr Stimmen haben, haben ihre Themen auch mehr Gewicht in der politischen Debatte.“ Pro minderjähriges Kind bekäme ein Elternteil dann eine zusätzliche Stimme. Seit langem fordert dies auch die Familienministerin Manuela Schwesig.“ So Lorenz Jäger in der FAZ. Der Autor kommt zu dem Schluss: „Der alte Mensch aber hat in diesem Spiel keine Möglichkeit einer legitimen Antwort. Er steckt, ohne Chance auf Entkommen, fest in der Zwangsjacke seines Seins. Insofern hat dieser neue Hass gegen die Alten auch eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Rassismus.“

## IMPRESSUM

### HERAUSGEBER

Senioren-Union der CDU Nordrhein-Westfalen

Landesvorsitzender Leonhard Kuckart

### REDAKTION

Heinz Soth (V.i.S.d.P.)

Mechthild Solberg,

Leonhard Kuckart,

Rainer Mohrmann

Fotos: Roland Rochlitzer,

Norbert Solberg

### ANSCHRIFT

Wasserstraße 6 | 40213 Düsseldorf

Tel. 0211.13600-22 | Fax 0211.13600-54

info@senioren-union-nrw.de

www.senioren-union-nrw.de

### GESAMTAUFLAGE

33.000 Exemplare

## Senioren-Union Mittelrhein: Wohin treibt Europa?



Über 100 Gäste und Mitglieder der Senioren-Union Mittelrhein verfolgten die Rede des Bundesvorsitzenden der Senioren-Union zum Thema „Wohin treibt Europa“.

Angeichts der aktuellen zahlreichen europapolitischen Schwierigkeiten rief der Bundesvorsitzende der Senioren-Union der CDU, Prof. Dr. Otto Wulff, alle in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Verantwortlichen dazu auf, mehr dafür zu tun, dass die sog. schweigende Mehrheit nicht Opfer radikaler Minderheiten wird. Gegner der europäischen Einigung nutzten, so sagte er, die derzeitigen Probleme für ihre rechtspopulistisch-radikalen Ziele, sie trügen nicht zur Lösung bestehender Probleme bei.

Prof. Wulff sprach auf einer europapolitischen Veranstaltung der Senioren-Union des Bezirks Mittelrhein, an der knapp 100 Mitglieder und Gäste aus Köln, Bonn, Leverkusen, dem Rhein-Erft- und dem Rhein-Sieg-Kreis teilnahmen. Der Bezirksvorsitzende, Dr. Joseph Lütke Entrup, wies in seinen einleitenden Worten darauf hin, dass er bewusst die Frage: „Wohin treibt Europa?“ zum Thema des Vortrags gewählt habe, um deutlich zu machen, dass der europäische Einigungsprozess ins Stocken geraten sei, dass die sog. Euroskepsis um sich greife und dass unter-

schiedliche nationale Eigeninteressen nicht mehr ausgeglichen werden könnten. Die Bereitschaft zum Kompromiss (Kultur des Kompromisses) sei auf der Strecke geblieben.

In seinem beeindruckenden Vortrag formulierte Prof. Wulff überzeugende, vorwiegend optimistische, aber auch von jahrzehntelanger politischer Erfahrung unterstützte und von Skepsis geprägte Antworten.

Einleitend sprach er von den Ursprüngen der europäischen Einigung, die nach dem schrecklichen (und befreienden) Ende des 2. Weltkriegs von Staatsmännern wie Robert Schuman, Jean Monnet, de Gasperi und Konrad Adenauer begonnen wurde und die von den meisten europäischen Ländern und ihren Menschen begrüßt, wenn nicht sogar herbeigesehnt wurde. Die Einigung Europas sei eine Erfolgsgeschichte, die den Europäern Frieden, Freiheit, Freizügigkeit, Demokratie und materiellen Wohlstand beschert habe. Diese Erfolge zu sichern und die europäische Einigung weiterzuentwickeln sei ganz besonders

auch die Aufgabe der christlich-demokratischen Parteien im Europaparlament und in den Mitgliedstaaten.

Besonders erfolgreich sei der europäische Einigungsprozess immer dann gewesen, wenn große Probleme/Hindernisse zu überwinden gewesen wären, was nur deshalb gelingen konnte, weil die Bereitschaft zum Kompromiss immer ein wesentlicher Grundsatz der Europapolitik auf ihren verschiedenen Feldern gewesen sei. Diese Erfahrung bestärke ihn in der Hoffnung, dass die EU als Staatengemeinschaft nicht scheitern werde.

Die aktuelle Situation, so sagte Wulff, erfülle ihn jedoch mit Sorge - und zugleich mit der Zuversicht, dass die auf christlich-abendländischen Werten basierenden Überzeugungen und Ziele, die den europäischen Einigungsprozess vorangetrieben hätten, langfristig stark genug sein würden, um das bereits Erreichte zu bewahren und es weiter zu entwickeln. Mit Sorge zu sehen sei allerdings, dass die Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten wenig oder gar keine Solidarität mit den aus Kriegs- und Krisengebieten nach Europa geflüchteten Menschen aufbringt und nationale Eigeninteressen vor die gemeinsame europäische Herausforderung stellt. Er verteidigte die diesbezügliche Politik der Bundesregierung und betonte, dass der Satz der Bundeskanzlerin „Wir schaffen das!“ auf die gesamte EU und nicht, wie politische Gegner immer wieder behaupten, auf Deutschland allein gemünzt gewesen wäre.

Der Bundesvorsitzende beschloss seinen Vortrag mit dem Appell an alle Mitglieder der Senioren-Union, besonders an ihre Amtsträger auf allen Ebenen, sich angesichts der aktuellen krisenhaften europapolitischen Lage nicht verunsichern zu lassen, sondern sich verstärkt für die Ideale und Ziele der europäischen Einigung einzusetzen. Die ältere Generation sei Zeitzeuge eines insgesamt erfolgreichen Einigungsprozesses, dessen weitere Entwicklung nicht von rechtspopulistischen und übertriebenen, wenn nicht gar anachronistischen national-patriotischen Tendenzen und Meinungen, gefährdet werden dürfe.